

<p style="text-align: center;"><b>Sonstige Beschlüsse des 35. NRW-Tages der Jungen Union NRW</b> <b>am</b> <b>15./16. November 2003 in Bad Oeyenhausen</b></p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

### **Neue Einsatzmöglichkeiten der Krankenversichertenkarte**

Die Junge Union NRW fordert Änderung der bisherigen Einsatzmöglichkeiten der Krankenversichertenkarte. So soll ab dem 01.01.2004 der Einsatz der Krankenversichertenkarte nur noch in Verbindung mit dem Vorzeigen des Personalausweises möglich sein.

#### **Begründung:**

Gegenwärtig ist es für Nichtversicherte – bspw. aus dem Ausland - problemlos möglich, sich über eine fremde Versichertenkarte Leistungen der Krankenkassen zu erschleichen. Dies belastet die Krankenkassen und ihre Versicherten finanziell unnötig. Da uns bewußt ist, dass die Ergänzung der bisherigen Versichertenkarte um die jeweiligen Fotos der Versicherten mit einem gewissen Zeitaufwand verbunden sein wird, ist es uns wichtig die bisherigen Mißbrauchsmöglichkeiten mit möglichst schneller Wirkung zu verhindern. Mit der Einführung einer um ein Foto erweiterten Versichertenkarte kann auch wieder das alleinige Vorzeigen der Versichertenkarte als ausreichend angesehen werden.

### **Jugendarbeit braucht Planungssicherheit**

Die Junge Union fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, durch eine transparente Finanzpolitik Planungssicherheit für sämtliche Träger der Jugendhilfe zu schaffen.

### **JuLeiCa – eine Karte für ganz NRW!**

Die JU-NRW fordert die Landesregierung dazu auf, Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter-Karte „JuLeiCa“ auch für den Zugang zu Einrichtungen des Landes, wie z.B. Museen, Theater, Bibliotheken u.a. – soweit wie möglich – einzuführen bzw. auszubauen.

#### **Begründung:**

In vielen Kommunen gibt es zahlreiche Vergünstigungen für den Zugang gemeindlicher Einrichtungen. Auch die Kreise bieten mit Unterstützung ihrer Jugendämter bereits viele Möglichkeiten der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements. Leider trifft dies für Einrichtungen des Landes nur unzureichend zu. Die Junge Union Kreisverband Neuss konnte nach Prüfung lediglich eine Bevorzugung bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) feststellen.

Um ehrenamtliches Engagement noch besser zu fördern und auch seitens des Landes anzuerkennen, ist eine Ausweitung der Vergünstigung auf Landeseinrichtungen nur konsequent.

## **Zentrum gegen Vertreibung in Berlin**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich für die Einrichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin aus, das eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas leisten soll.

### **Begründung:**

Mehr als fünfzehn Millionen Deutsche und viele andere Menschen waren im 20. Jahrhundert Opfer ethnisch begründeter Vertreibungen; viele von ihnen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen eine zweite Heimat gefunden. Diese Menschenrechtsverletzungen sind im öffentlichen Bewusstsein jedoch kaum präsent. Die Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen würde den Vertriebenen jenes Maß an Mitgefühl signalisieren, das ihnen in den letzten Jahren weitgehend verweigert wurde. Der Beitrag von zwölf Millionen Vertriebenen und vier Millionen Spätaussiedlern zum Wiederaufbau der Bundesrepublik wird so in einem angemessenen Rahmen gewürdigt.

Berlin als alte und neue Hauptstadt ist der geeignete Standort für eine solche Stätte der Erinnerung. Die Stadt spiegelt alle wichtigen Ereignisse und Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit wider. Zahlreiche Museen, Gedenkstätten und Mahnmale ermöglichen gerade Schülergruppen und jungen Menschen, ein möglichst umfassendes Bild deutscher Geschichte zu gewinnen. Der Verzicht auf eine das Unrecht der Vertreibung thematisierende Einrichtung würde einer selektiven Wahrnehmung der Vergangenheit den Weg ebnen.

Der in Teilen der Öffentlichkeit konstruierte Gegensatz von „nationaler“ und „europäischer“ Ausrichtung erweist sich als Scheinargument gegen ein Zentrum gegen Vertreibungen. Vielmehr eröffnet Berlin als deutscher Standort die Perspektive, möglichst zahlreiche gleichartige Einrichtungen in unseren Nachbarländern entstehen zu lassen.

## **NRW Innenminister Behrens darf die Zukunft der Polizei nicht aus Spiel setzen.**

Die Junge Union des Landes NRW fordert den Innenminister Behrens auf, die angekündigten Kürzungen im Bereich der Polizei zurückzunehmen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Ankündigung die Zahl der Anwärter von 1000 auf 500 für die Jahre 2004 und 2005 zu reduzieren. Die Junge Union NRW fordert die Ausbildungsquote nicht zu verringern.

### **Begründung:**

Die Innenpolitik der rot grünen Landesregierung gefährdet die Sicherheitslage in NRW. Die Sparpläne der Landesregierung bergen im Bereich der Innenpolitik große Risiken.

Erstens ist die geplante Reduzierung der Polizeibeamten in NRW so nicht hinnehmbar. 2004 sollen in NRW 61 Stellen, 2005 147 Stellen gestrichen werden. Behrens plant bis 2008 insgesamt 2134 Stellen innerhalb der Polizei zu streichen. Dies ist gerade im Hinblick auf die vernichtende Aufklärungsrate besonders kritisch zu sehen.

Ein Ausgleich für die zu streichenden Stellen ist nicht in Sicht. Die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen und die Arbeitszeiterhöhung für die Beamten wird nur eine Kompensation von ca. 400 Stellen bringen. Somit wird immer noch ein realer Verlust von gut 1700 Stellen zu verzeichnen sein. Dies ist gerade vor dem Hintergrund bedenklich, dass seit Mitte der Neunziger Jahre schon gute 2000 Stellen gestrichen worden sind.

Zweitens scheinen die fiskalischen Effekte durch die Halbierung der Ausbildungsplätze nur sehr gering zu sein. Die befristete Halbierung der Ausbildungsplätze wird nur kurzfristig geringe Entlastung für den Haushalt bringen, denn wenn im Jahr 2006 wieder die übliche Zahl an Anwärtern eingestellt werden sollen, ergibt sich, dass die Ausbildungskapazitäten ja im Grunde beibehalten werden müssen. Die einzige Kostenersparnis kann also nur in dem Einsparen der Ausbildungsvergütungen liegen.

Drittens scheint das Vorhaben im Hinblick auf die Ausbildungsstellen unmoralisch. Gerade die Forderung der Landesregierung nach mehr Lehrstellen und zugleich das Streichen von Ausbildungsplätzen, die ja bei der dünnen Personaldecke der Polizei benötigt werden, scheint ein Widerspruch in sich zu sein.

Daher sollte die Landesregierung sich gerade in der Innenpolitik verlässlich verhalten und somit die Zukunft der Polizei in NRW nicht aufs Spiel setzen und der Polizei die notwendige Verlässlichkeit in der Personalpolitik zugestehen.